

AKTUELL

DÉI GRÉNG

Hauptsache koalitionsfähig

Raymond Klein

Angeregte Diskussionen über das 60-seitige Wahlprogramm gab es beim grünen Kongress vergangene Woche. Grundsätzliche und eventuell unangenehme Fragen wurden allerdings ausgeblendet.

Die internationale Finanzkrise sei eine Bedrohung, aber auch eine Chance. Mit dieser Aussage knüpfte der grüne Spitzenpolitiker François Bausch an die Aktualität an - schließlich fiel der Wahlprogramm-Kongress am vergangenen Sonntag genau zwischen die Ver- und die Entstaatlichung der Fortis-Bank. Die Chance besteht laut Bausch darin, sich nach Jahrzehnten des *laisser-faire* auf die Rolle des Staates zurückzubedenken.

Allerdings geht Bausch nicht so weit, Kapitalismus und Markt als dominante Mechanismen des Wirtschaftens grundsätzlich in Frage zu stellen - immerhin haben er und seine Partei die vergangenen 20 Jahre damit verbracht, sich mit diesem System zu arrangieren. Die Lehre, die sie aus der Krise ziehen, konzentriert sich auf einen richtigen, aber mittlerweile zum Gemeinplatz avancierte Forderung: Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte.

Eigentlich ging es ja bei diesem Kongress weniger darum, große Ziele anzupfeilen, als darum, die Partei koalitionsfähig zu machen für die Zeit nach den Wahlen. Im Vorfeld hatte François Bausch im Hochglanzmagazin *PaperJam* über die Notwendigkeit von Realpolitik und Professionalisie-

rung philosophiert - und sich sogar zum Außenminister krönen lassen. Im weniger glamourösen 100,7-Interview am vergangenen Samstag gab er sich zurückhaltender: „Meine persönlichen Ambitionen sind irrelevant, man kann nur als Team gewinnen.“ Und: „Wir müssen gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, sonst bleiben wir lieber in der Opposition.“ Um dann doch noch, ganz staatsmännisch, die Nacht-und-Nebel-Rettungsaktionen der Regierung zu loben: „Die Grünen hätten genau das gleiche getan.“ Mit anderen Worten: „Liebe WählerInnen, ihr könnt uns ruhig ranlassen.“

Realo triumphans

Trotz dieses Willens, Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, fand am Sonntag kein reiner „Jubelkongress“ statt. Zu vielen Punkten lagen Änderungsanträge vor - ein Zeichen für das Engagement der Parteimitglieder. In Bereichen wie Jugendpolitik, alternative Medizin und Suchtprävention wurde der Programmtext während des Kongresses nicht grundsätzlich verändert, aber optimiert und ausgebaut. Beim Thema Kirche und Staat schlugen die „Jonk Gréng“ zwei Passagen vor, die von der Führungsriege als „zu detailliert“ abgelehnt wurden. Doch die Kongressmehrheit sah das anders und übernahm die ausführliche Fassung statt der kurzen. Eine taktisch kluge Entscheidung angesichts der fortwährenden Unglaubwürdigkeit der LSAP in diesem für die linke Wählerschaft symbolträchtigen Bereich.

Andere Änderungsanträge wurden nach heftiger Diskussion abgeschmettert. Bei der Prostitution sprechen sich die Grünen nicht für das schwedische Modell aus - Verbot und Kriminalisierung der Täter - obwohl dies die mehrheitliche Position des Conseil national des femmes ist. Die GegnerInnen führten an, zwar sei die Abschaffung der Prostitution im Prinzip das richtige Ziel, doch befürchte man in der Praxis eine Verschlimmerung der Situation bei Einführung des Modells. Auch die Forderung, den Elternurlaub nur für beide Elternteile gemeinsam zu gewähren, stieß auf massiven Widerstand. Bemerkenswert waren die zahlreichen, unter anderem von der Parteijugend vorgetragenen „pragmatischen“ Argumente, bis hin zur Be-



FOTO: DEI GRÉNG
Nicht immer, aber meistens: Einstimmigkeit.

merkung, sechs Monate Elternurlaub seien den ArbeitgeberInnen sowieso nicht zuzumuten. Bemerkenswert auch der tosende Beifall für den Einwurf, viele Mittelverdiener könnten sich den doppelten Einkommensverlust nicht leisten.

Noch charakteristischer als die Art, wie über dieses Thema gestritten wurde, sind die Punkte, über die nicht einmal gestritten wurde. Die Friedlichkeit hing zum Teil damit zusammen, dass hochsensibles grünes Gedankengut im Programm einfach weggelassen wurde: Kostendeckungsprinzip und Indexmanipulation im Sinne des Umweltschutzes werden mit keinem Wort erwähnt. Das mag zwar im Sinne eines erfolgreichen Wahlkampfes sein, ist aber eigentlich ein Betrug an den WählerInnen.

Sozial selektiv

Nichtsdestoweniger findet sich Brisantes auch in den Texten, die dem Kongress vorlagen. So wird im Abschnitt „Soziale Gerechtigkeit schaffen“ der Präambel neben Steuergerechtigkeit, Sozialdialog und gerechtem Austausch mit den Entwicklungsländern auch die „selektive Sozialpolitik“ erwähnt. Dass die Grünen sich diesen liberalen, traditionell von der Linken kritisierten Begriff aneignen, relativiert ihre lauthals proklamierte Rückbesinnung auf die Rolle des Staates.

Zwar brandmarkt die Partei zu Recht Fehlentwicklungen, die in unserem Sozialstaat vor allem der Mittelschicht nützen. Zum Beispiel will man das Steuersystem vereinfachen, weil von seiner Komplexität vor allem jene profitieren, „die sich auf Grund guter Einkommen Steuervermeidungsberater einkaufen können“.

Doch im Namen der Bekämpfung des „Gießkannen-Prinzips“ verabschieden sich die Grünen von den

universellen öffentlichen Sozialleistungen. Deutlich wird dies, wenn es zur Familienpolitik heißt: „Direkte Geldzuwendungen müssen selektiver werden und für die wirklich sozial Schwachen gedacht sein.“ Mit anderen Worten: Das Kindergeld gehört abgeschafft und durch einen Armengeld-Kinderbonus ersetzt. Damit ist man weit entfernt von einer klassischen sozialstaatlichen Sichtweise, dass die Solidargemeinschaft ihren Mitgliedern eine finanzielle Versicherung für das „Risiko“ des Kinderkriegens bietet, ähnlich wie für das „Risiko“ des Altwerdens.

In die gleiche Kerbe haut der ebenfalls ohne Diskussion angenommene - Antrag, einen „tiers payant“ für Arzthonorare ausschließlich für Personen mit niedrigem Einkommen einzuführen. Denkt man den selektiven Sozialstaat zu Ende, so führt er nicht zu größerer Gerechtigkeit sondern zu einer Zweiklassengesellschaft, in der die Mittelschicht „eigenverantwortlich“ den Marktmechanismen ausgesetzt, und die Unterschicht Nutznießerin - und Opfer - von reiner Armutsbekämpfung wird.

Zu Ende gedacht haben es die Grünen offensichtlich nicht: Hauptsäule des Rentensystems soll das öffentliche Umlageverfahren sein, und nicht etwa die Privatversicherungen. Auch bei einem für die eigene Wählerschaft so wichtigen familienpolitischen Thema wie den Kinderkrippen lautet das Ziel „flächendeckend und für alle gratis“ - also völlig unselektiv. Solche Inkonsistenzen entkräften den manchmal geäußerten Vorwurf, die Grünen seien durch und durch wirtschaftsliberal. Doch dass zu einem Schlagwort wie „selektiver Sozialstaat“ keine Diskussion aufkommt, zeigt, wie unbedarft die Partei in sozialpolitischen Grundsatzzfragen ist.

